

*Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!*

*Das in Begutachtung befindliche „neue Dienstrecht“ für Lehrerinnen und Lehrer wird von mir aufgrund der Tatsache, dass es eklatante Verschlechterungen in verschiedensten Bereichen für zukünftige und bereits im Dienst befindliche Lehrerinnen und Lehrer mit sich bringen würde, abgelehnt!*

*Dieses Gesetz generiert in den ersten 20 Jahren Mehrkosten, erst danach kommt es zu Einsparungen von rund 500 Millionen Euro. Es handelt sich dabei offensichtlich um ein langfristig angelegtes Sparpaket im Bildungsbereich. Dieses Sparpaket sollte als solches kommuniziert werden. Pädagogische Verbesserungen sind aufgrund dieses Gesetzes nicht zu erwarten, ganz im Gegenteil.*

*Arbeitszeitstudien, die immer wieder angesprochen werden, finden keine Berücksichtigung in dieser Dienstrechts-Novelle. Eine gründliche Datenerhebung sollte Voraussetzung für eine fundierte Gesetzgebung sein.*

*Das lange versprochene "Unterstützungspersonal" findet wieder nur marginal Eingang in die Gesetzgebung. In der Schulrealität sind Unterstützungskräfte leider kaum zu finden. Diese Unterstützungskräfte könnten in der Realität helfen, den Schulalltag für alle Schülerinnen und Schüler besser zu gestalten. Durch die Entlastung der Lehrkräfte von administrativen Tätigkeiten könnte der immer wieder geforderte pädagogische Mehrwert in die Schule gebracht werden.*

*Es fehlt mir persönlich auch die Solidarität des Gesetzgebers mit Junglehrern und Junglehrerinnen. Diese fehlende Solidarität wird den LehrerInnenmangel in Zukunft wahrscheinlich verschärfen.*

*Ich ersuche den Gesetzgeber, diesen unausgegorenen Gesetzesentwurf zu verwerfen. Am besten sollte eine Neufassung dieses Gesetzes in intensiver Rücksprache mit allen Betroffenen entstehen.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Mag. Dr. Martin Heidegger*

*BG/BRG Hollabrunn*

*Reucklstr.9*

*20202 Hollabrunn*